



Protokoll Nr. 44

Sitzung von Donnerstag, 10. September 1998, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Lilo Lauterburg

Anwesend:

Ernst Aebersold	Alfred Jordi	Heinz Rub
Raymond Anliker	Michael Jordi	Ursula Rudin-Vonwil
Oskar Balsiger	Heinz Junker	Kurt Rüegsegger
Sven Baumann	Esther Kälin Plézer	Annemarie Sancar
Adrian Berthoud	Regula Keller	Beat Schori
Arnold Bertschy	Andreas Krummen	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler	Annemarie Lehmann	Peter Sigerist
Peter Blaser	Leslie Lehmann	Franco Sommaruga
Markus Blatter	Peter Linder	Barbara Spörri
Michael Burri	Edith Lörtscher	Sylvia Spring Hunziker
Walter Christen	Liselotte Lüscher	Christoph Stalder
Marie-Louise Durrer	Nico Lutz	Ernst Stauffer
Marcel Fankhauser	Edith Madl Kubik	Ueli Stückelberger
Heidi Flückiger Ehrenzeller	Anton Maillard	Béatrice Stucki
Thomas Fuchs	Irène Marti Anliker	Peter Stucki
Hans Ulrich Gränicher	Mario Marti	Hans-Ulrich Suter
Rolf Häberli	Elsi Meyer	Katharina Suter
Ueli Haudenschild	Barbara Mühlheim	Luzius Theiler
Bernhard Hess	Christoph Müller	Margrit Thomet
Ursula Hirt	Edith Olibet	Eva von Ballmoos
Andreas Hofmann	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Stephan Hügli	Bernhard Pulver	Hansjörg Wittwen
Urs Jaberg	Ruth Rauch	

Entschuldigt:

Thomas Balmer	Adrian Haas	Hans Peter Riesen
Konrad Bossart	Kurt Mäusli	Margrit Stucki-Mäder
Marcel Eyer	Maria Regli Schmucki	René Zimmermann
Jean-Daniel Flückiger		

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Adrian Guggisberg
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

3 Voranschlag für das Jahr 1999 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft inkl. Produktgruppen-Budgets)

Antrag Nr. 196

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 1999, der bei Aufwendungen von Fr. 1 172 117 800.00 und Erträgen von Fr. 1 101 299 240.00 einen Ausgabenüberschuss von Fr. 70 818 560.00 vorsieht, wird der Gemeinde zur Annahme empfohlen mit folgendem

Beschlussesentwurf

- I. Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrates vom 17. September 1998, gestützt auf Artikel 8, Absatz 1, Ziffer 3 der Gemeindeordnung, beschliesst:
 1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 1999 wird genehmigt.
 2. Der Gemeinderat hat im Jahr 1999 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das 2,3fache (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze;
 - b) eine ordentliche Liegenschaftssteuer von 1,5 Promille beziehungsweise eine erhöhte Liegenschaftssteuer (Artikel 217 StG) von 3,0 Promille des amtlichen Wertes (unverändert);
 - c) eine Beleuchtungsabgabe von 0,13 Promille des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert (unverändert);
 - d) eine Hundetaxe von Fr. 100.00 (unverändert).
- II.
 1. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
 2. Er genehmigt die für die sieben Pilotprojekte Abteilung Informatikdienste, Feuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale und Strasseninspektorat vorgelegten Produktgruppen-Budgets 1999 unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 1999.

Sitzungskonzept

1. Eintretensdebatte

- FIKO (total)
- Fraktionserklärungen
- Allgemeine Umfrage
- Gemeinderat (total)
- Allfällige Abstimmung über Eintreten

Redezeit:

30 Minuten
10 Minuten
5 Minuten
30 Minuten

2. Steueranlage

- Abstimmung über Steueranlage

3. Detailberatung des Voranschlags

gemäss den vorgängig bei der Stadtkanzlei eingereichten Anträgen* mit Abstimmung über Anträge

- Einzelvoten höchstens 5 Minuten

Beratung des Produktgruppenbudgets NSB:

- Informatikdienste
- Berufsfeuerwehr
- Jugendamt
- Gesundheitsdienst
- Stadtgärtnerei
- Schul- und Büromaterialzentrale
- Strasseninspektorat und Entsorgung

4. Schlussabstimmung über Voranschlag 1999

5. Bereinigung und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

1. Eintretensdebatte

Die *Vorsitzende* hält fest, dass der Präsident der Finanzkommission sich bereits zu allen drei Vorlagen inkl. Budget geäußert habe. Auf ihre Anfrage verzichtet dieser darauf, im Rahmen der Eintretensdebatte noch einmal darauf zurückzukommen. Deshalb wird direkt mit den Fraktionserklärungen weitergefahren.

Fraktionserklärungen

Ernst Stauffer für die SD: Ich kann zum Budget zumindest teilweise wiederholen, was ich bereits in der Finanzkommission gesagt habe: Wir halten uns an die am runden Tisch und von der Finanzkommission gemachten Vorschläge - dies jedoch nur, wenn dies auch andere Parteien tun und nicht einzelne Posten - und seien sie auch noch so klein und diskutabel - herausbrechen. Voraussetzung ist, dass wir unsere Parteimitglieder überzeugen können, was nicht einfach sein wird, weil unsere Mitglieder die Ausgaben nach den Einnahmen richten müssen und nicht umgekehrt. Es ist uns klar, dass nur der Stadtrat und das Volk rechtsgültig entscheiden können, und nicht der runde Tisch. Selbstverständlich sind wir mit den Ergebnissen des runden Tisches auch nicht zufrieden. Im Gegensatz zu anderen geht uns das Sparen und das Rückgängigmachen von wünschbaren, aber nicht zwingend nötigen Posten nicht in allen Sparten weit genug. Hinzu kommt, dass wir offenbar die Feuerwehrsteuer sehr widerwillig werden schlucken müssen. Auch werden laufend Leistungsverträge abgeschlossen, welche Ausgaben zementieren. Das Budget wird immer mehr gebundene Ausgaben enthalten, die nicht mehr reduziert oder gestrichen werden können. Im Stadtrat merkt man zudem nichts vom Runden-Tisch-Gespräch; es werden bei Gemeinderatsvorlagen Kredite aufgestockt - und wenn es auch nur um Fr. 40 000.00 ist - oder Motionen überwiesen, welche selbst der links-grüne Gemeinderat ablehnen wollte. Aber aus parteipolitischen Gründen ist auch die Motion betreffend die Flechtenuntersuchungen überwiesen worden, die wieder Kosten zur Folge hat. Wir fragen uns, ob dieselben Leute, welche solche Sachen unterstützen, dies auch tun würden, wenn sie diese selbst bezahlen müssten. Mit den Stadtfinanzen sind wir jetzt an jenem Punkt angelangt, welchen wir schon lange prophezeit haben. Wir sind aber nie ernst genommen worden. Die Stadt Bern hat 23% weniger Einwohner - aber nicht 23% weniger Ausgaben. Die Ausgaben hat man höchstens stabilisiert, was, wie Rechnung und Budget zeigen, nicht ausreicht. Wer ist aus der Stadt weggezogen? Sicher Personen aus allen Steuerkategorien, wenn man vom Steuerpotential spricht. Wer ist in die Stadt zugezogen? Einerseits sicher weniger Personen, als diejenigen, die die Stadt verlassen haben - sonst hätten wir nicht 700 Leerwohnungen. Zugezogen sind bestimmt Personen aus allen Kategorien, aber im Durchschnitt findet dennoch eine Verschiebung der Steuerkraft zu Ungunsten der Stadt statt. Dies, weil sich vielfach anstelle der guten Steuerzahler, welche in die Agglomeration ziehen, Personen niederlassen, die wenig oder keine Steuern zahlen. Unserer Meinung nach sind daran mitschuldig der Steuerfuss, die Schulen, die Parkplatzmisere und Schikanen aller Art. Das neueste Beispiel dazu ist das Baumschutzreglement. Wir müssen also nicht nur die Abwanderung stoppen, sondern auch versuchen, die guten Steuerzahler zu behalten. Es gibt tatsächlich Bereiche, in denen die Aufgaben zugenommen haben, so zum Beispiel bei der Polizei und bei den SVB, wenn neue

Linien eröffnet werden. Es gibt jedoch auch andere, welche neu geschaffen oder ausgebaut wurden, vom Gleichstellungsbüro über die Denkmalpflege bis hin zu den Tagesschulen. Man kann einfach nicht grosszügig investieren, ohne dass man über das dafür nötige Geld verfügt, sosehr das Investieren heute erwünscht wäre. Auch daraus entstehen Folgekosten, und nicht nur wegen der Passivzinsen. Aufgrund der Arbeitslosigkeit wäre anti-zyklisches Verhalten erwünscht. Es fehlt jedoch das Geld dazu. Hier hätte man in guten Zeiten Reserven anlegen müssen. Zum Glück wurden seinerzeit die Steuern gesenkt, sonst wären wir wohl in einer noch viel schlimmeren Situation: Die Forderungen nach neuen Dienstleistungen und sozialen Institutionen wären noch grösser. Das Geld dieses Steuerzehntels wäre ausgegeben und nicht in die Reserven gelegt worden, und wir hätten heute demzufolge ein noch grösseres Manko. Ein weiterer Punkt, mit welchem wir nicht einverstanden sind, betrifft die zahlreichen geplanten Verkäufe, sei es des EWB's oder von Liegenschaften. Diese Einnahmen sind einerseits sowieso sofort wieder ausgegeben und die Werke und die Liegenschaften - und damit dauernde Einnahmequellen für die Stadt Bern - ein für alle mal weg. Andererseits denken wir an die betroffenen Personen, welchen es in solchen Fällen fast immer schlechter geht und nicht besser. Weiter kommt hinzu, dass die Stadt nicht jetzt verkaufen sollte, wo die Preise so tief sind. Mit solchen Verkäufen könnte die Stadt kaum die 300 Millionen aufgelaufenen Rechnungsdefizite abzahlen. Letztlich sollte die Stadt auch noch eine Linie haben. In den teuersten Zeiten hat der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik Häuser und Liegenschaften zu Höchstpreisen gekauft; zum Beispiel an der Rodtmattstrasse. Ich rede nicht von der Schulzahnklinik, sondern von Liegenschaften. Den Voranschlag unrealistisch zu verbessern wie letztes Jahr, ist Selbstbetrug. Entsprechend schlecht ist danach die Rechnung. Wir sind mit diesem Budget überhaupt nicht zufrieden. Ohne Verzichte und Abbau ist wohl nicht mehr viel möglich. Verteilen war schon immer leichter als wieder wegnehmen und abbauen. Wir werden den möglichen Kürzungen zustimmen, Erhöhungen ablehnen und uns am Schluss der Stimme enthalten. Dies jedoch immer unter der Bedingung, dass keine Steuererhöhung erfolgt. Die Einführung der Feuerwehrsteuer ist bereits eine Steuererhöhung für all jene, die es betrifft. Wenn man dann noch hört, dass Muri um zwei Zehntel auf einen Steuersatz von 1,4 hinunter will, ist eine Steuererhöhung für die Stadt Bern wirklich jenseits von Gut und Böse und auf alle Fälle kontraproduktiv.

Adrian Berthoud für die EVP/LdU: Der Voranschlag 1999 mit einem Fehlbetrag von rund 63 Millionen ist alles andere als eine erfreuliche Tatsache. Mit den Anträgen des runden Tisches, erreichte die FIKO gesamthaft eine Verbesserung von rund 7 Millionen. Die Einführung der Kostenrechnung und die damit verbundenen internen Verrechnungen machten es uns auch in der FIKO schwer, Veränderungen - positiv oder negativ - ausfindig zu machen. Wir werden noch zwei bis drei Jahre Geduld haben müssen, bis aussagekräftige Zahlen vorliegen. Im folgenden zwei kleine Beispiele, welche nur zufällig die Planungs- und Baudirektion betreffen: Als wir bei der Stadtgärtnerei waren, haben sich die betroffenen Personen darüber aufgeregt, dass sie einen hohen Anteil für den Rechtsdienst und für Hauswartskosten übernehmen müssen. Als man dieser Sache nachging, stellte sich heraus, dass die Enteignungskosten "Schloss Holligen" von 15 Millionen, also 10% davon, als Abschreibung beim Rechtsdienst landeten. Wenn diese Querschnittskosten verteilt werden, wird auch die Stadtgärtnerei begrüsst, obwohl sie damit überhaupt nichts zu tun hat. Als weiteres Beispiel kann die Fassadensanierung an der Bundesgasse genannt werden. Diese läuft unter dem Hausdienst. Infolgedessen ist die Abschreibung ein Teil, welcher bei den Querschnittskosten der Stadtgärtnerei belastet wird. Hier ist das letzte Wort jedoch noch nicht gesprochen. Die zunehmende Ausrüstung der Verwaltung mit Informatikhilfsmitteln - im Voranschlag 1999 sind dafür knapp 10 Millionen vorgesehen - wirft die Frage auf, was damit erreicht werden soll. Effizienzsteigerung ist das Schlagwort. Wir fragen uns, wie diese gemessen wird. Weshalb nimmt der Druck auf das Personal trotzdem zu? Kann nicht dieselbe Arbeit mit weniger Personal erledigt werden? Oder macht man jetzt Arbeiten in einem Umfang und in einer Qualität nur, weil man die Möglichkeit dazu hat? Für "nice to have" gibt es in dieser Finanzsituation aus unserer Sicht keinen Platz mehr. Die FIKO beantragt für die Erstellung des Internetauftritts der Stadt Bern eine Kürzung der Kosten von Fr. 185 000.00. Ich habe diesen Antrag in der FIKO unterstützt. Nachträglich habe ich mich dann durch den Pressechef Hans Häusler und Herrn Cuttat im Detail informieren lassen, worum es bei diesem Internetauftritt eigentlich

geht. Zu diesem Projekt müsste man eigentlich vorbehaltlos ja sagen, denn es geht nicht nur um Image, Bürgernähe, Zukunft, Wirtschaftsstandort, Glaubwürdigkeit, Informatik-Cluster etc., sondern um die Grundstruktur für den Internetauftritt. Ich habe mich auch erkundigt, welche Auswirkungen die Kürzung haben würde. Die Antwort war: "Wir werden damit leben müssen". Nach reinem Kosten-Nutzen-Denken könnte man auch eine andere Überlegung anstellen. Ähnlich geht es mir beim Münster. Nach vielen Jahren, in welchen die Stadt lediglich Fr. 400 000.00 an die Sanierung des Münsters beitrug, waren im Budget 1998 Fr. 850 000.00 eingestellt. Jetzt steht ein Antrag um Kürzung auf Fr. 680 000.00 an. Dieses Beispiel zeigt, wie es um die Stadt Bern als Weltkulturgut steht. Es zeigt aber auch, wie schwer es ist, Prioritäten zu setzen, wenn die Mittel knapp sind. Die EVP/LdU-Fraktion wird dem Budget zustimmen, was jedoch nicht heisst, dass wir alle Anträge unterstützen.

Ueli Stüchelberger für die GFL: Das hohe Defizit im Budget 1999 ist besorgniserregend und vor allem auf den Einnahmenschwund zurückzuführen. Ich will nicht auf die einzelnen Ursachen im Detail zurückkommen, da dies letztlich nicht relevant ist. Wir müssen mit den Finanzen, wie sie sich präsentieren, leben. Der runde Tisch hat keinen Konsens für griffige Sanierungsmassnahmen gebracht, was sich jetzt mit einem grossen Defizit auf das Budget 1999 auswirkt. Für uns ist das Resultat des runden Tisches - unabhängig vom guten Klima, das herrschte - unbefriedigend. Wir hätten eine Steuererhöhung akzeptiert und wären auch bereit gewesen, griffigere und mehr Sparmassnahmen als die beschlossenen an die Hand zu nehmen. Aus diesem Grunde haben wir auch die Motion zur Schulzahnklinik eingereicht; dies nicht, weil wir Freude am Sparen und Schliessen von städtischen Institutionen haben, sondern weil wir wollen, dass das Ruder der Stadtfinanzen in den Händen der Stadt bleibt. Nicht der Kanton soll bestimmen, wo gespart werden muss und wie die Schulden abzutragen sind. Wir sollten als Stadtparlament und Stadtexekutive unsere Finanzprobleme selbst lösen können. Wir sehen es deshalb als unsere Aufgabe an, entsprechende Sparvorschläge und -anträge zu stellen. Das Sanierungsziel wurde vom runden Tisch vorerst verfehlt, das Budget 1999 weist deshalb ein sehr hohes Defizit aus. Es gibt jedoch keine Alternative zu diesem Budget. Weil zur Zeit der Konsens für eine umfassende Sanierung fehlt, werden wir ihm zustimmen. Im Sinne einiger Detailbemerkungen folgendes: Wir würden es begrüssen, wenn die Budgetstruktur, wie sie von der Stadt dargestellt wird, während einiger Jahre beibehalten würde, damit ein Vergleich über die einzelnen Jahre ermöglicht und vereinfacht wird. Wir befürworten weiter die internen Verrechnungen; diese weisen jedoch zum Teil zu hohe Kostendeckungsgrade auf und sind nicht alle transparent für uns. Als Beispiel: Der Nettoaufwand des Gemeinderates, wie er im vorliegenden Budget dargestellt wird, ist kleiner als die Löhne des Gemeinderates plus seine Sozialbeiträge, weil alles wieder weiterverrechnet wird. Wir haben verbunden mit diesem Budget grosse Erwartungen an den Gemeinderat, so, dass er bis in die erste Hälfte 1999 eine umfassende Prüfung vornimmt und uns zusätzliche Sanierungsmassnahmen vorlegt. Wir wünschen auch, dass diese Massnahmen ausgereift und hinreichend konkret sein werden, damit nachvollzogen werden kann, worüber abgestimmt wird.

Thomas Fuchs (JSVP) für die SVP-Fraktion: "Nach uns die Sintflut", könnte man landläufig meinen, wenn man sich in die Budgetzahlen vertieft und die Haltung der rot-grünen Mehrheit beurteilt. Die Fraktion der SVP ist jedoch der Meinung, dass auch bei der rot-grünen Mehrheit die Erkenntnis vorhanden ist, dass das Gemeinwesen nicht jedes wünschbare Randprojekt und jede Aufgabe übernehmen und finanzieren kann. Es besteht unseres Erachtens berechnete Hoffnung auf Einsicht auch Links der Mitte, und wir stellen mit Freude fest, dass ein begrenzter Wille zum Abbau von Dienstleistungen und zur Straffung des Leistungsangebotes vorhanden ist, so dass heute auch Fachstellen und Positionen seitens der RGM in Frage gestellt werden, welche noch vor zwei bis drei Jahren unantastbar waren. Nach wie vor gibt es jedoch noch zu viele heilige rot-grüne Kühe, die friedlich auf der Weide grasen, auch wenn die Wiesen rundum alles andere als fett sind. Solange es Budgetpositionen gibt, über deren Existenz aus Rücksicht auf die linke Wählerschaft nicht diskutiert werden darf, werden wir den Gemeindehaushalt nicht in Ordnung halten können. Der deutsche Kabarettist Werner Fink sagte: "Der Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber in dem niemand Geschirr spülen will." Man könnte meinen, Werner Fink habe damit den

Staatshaushalt der Gemeinde Bern gemeint. Allzuvielen treten hier an den Futternapf und zapfen an allen Ecken und Enden Futter ab. So entstehen die fetten heiligen Kühe. Noch befremdender ist, dass offenbar genau diejenigen, die Tag für Tag über das Staatswesen schimpfen oder gar aus ideologischen Gründen den Staat bekämpfen, beim Hineinlangen in die Stadtkasse zuvorderst stehen. Die heutige Situation ist auch entstanden, weil die bürgerlichen Parteien nicht immer dieselbe Einigkeit hatten wie Rot-Grün. Vielleicht ist dies darauf zurückzuführen, dass man bei uns keinen Stimmzwang kennt. Der Versuch, mehr Leute dazu zu bewegen, beim Geschirrspülen mitzuhelfen, ist eine grosse Herausforderung, die Geburt des runden Tisches aber nur ein kümmerlicher Anfang. Das vorliegende Budget ist für uns alles andere als erfreulich, auch wenn der vielgepriesene runde Tisch darüber brütete. Der runde Tisch hat heute einen Status erreicht, welcher weit über die ursprüngliche Bezeichnung als sogenannt "informelles Beratungs- und Diskussionsforum" hinausgeht. Die Initianten und Initiantinnen haben denn auch erfolgreich durchgesetzt, dass sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen nicht gegen das Budget stellen. In unserer Partei schwanken wir zur Zeit von einem Nein zu einer Stimmenthaltung. Stellen Sie sich vor, unsere Finanzdirektorin würde verkünden, dass wir den Steuerfuss auf 1,4 senken. Was für eine Freude. Aber das werden wohl nicht einmal die Nachfolgenerationen erleben, es sei denn, Frau Frösch werde nach Muri ziehen und weiterhin politisch aktiv bleiben. Unser heutiger Entscheid ist ein Signal: Dürfen wir ein derart hohes Defizit verantworten? Ist es verantwortbar gegenüber den Jungen, dem Mittelstand und denjenigen, die in dieser Stadt noch Steuern zahlen? Was machen wir, wenn die Zinssätze mittelfristig ansteigen, was zu erwarten ist? Eine Katastrophe ist vorprogrammiert. Die Resultate des runden Tisches gehen in die richtige Richtung und werden von der Gesamtfraktion begrüsst - auch wenn einzelne Sparmassnahmen, wie hier gehört, reine Bilanzkosmetik sind. Die Stadt Bern darf jedoch nicht geschminkt Pleite machen, sozusagen in Schönheit sterben. Auch wenn ein Gemeinwesen nicht direkt mit einem privaten Betrieb vergleichbar ist, wie dies Peter Sigerist bemerkte, so kann die Stadt Bern langfristig nicht überleben, wenn sie weitere Schuldentürme aufsticht. Irgendeinmal sind drastische, unschöne, unbeliebte Massnahmen nötig. Im Spital werden manchmal auch Amputationen vorgenommen, um das Ganze zu retten. Wir befinden uns heute bei der Operation "Rettet die Stadt Bern", einer Operation, bei welcher es nicht mehr reicht, nur den Blinddarm zu entfernen. Wenn verschiedene Banken das Kreditrating der Gemeinde Bern nach unten korrigieren, wir im Städtevergleich finanziell hintenanstehen und auch bei der Beurteilung der Wirtschaftsfreundlichkeit hinten sind, dann kommt dies nicht von ungefähr. Es sind Krankheitssymptome, welche ernst genommen werden müssen. Es sind sogenannte Geschwüre feststellbar, die wir entfernen müssen, bevor sie sich ausdehnen und verbreiten. Von seiten der Fraktion SVP sind wir noch nicht überzeugt, dass die notwendige Einsicht zur Gesundung der Stadtfinanzen bei allen vorhanden ist. Auch das "Komitee für gesunde Stadtfinanzen" wird wohl noch einige Zeit brauchen. Es wäre endlich an der Zeit, dass auch einige Vertreter der Rot-Grün-Mitte Mitglieder würden. Soviel Mut und Einsicht sollte zumindest bei einigen noch vorhanden sein, davon sind wir überzeugt. Wir rufen dazu auf, bei unserem Komitee mitzumachen und sich so gegen Geldverschleuderer und -verprasser abzugrenzen. Erinnern wir uns an die Debatte vom letzten Donnerstag über die Zusammenlegung der Beratungsstelle für Ausländerfrauen mit der Informationsstelle für Ausländerfragen. Dies wurde abgelehnt, was noch eines wäre. Frau Stadträtin Sancar erwähnte jedoch sogar, dass man eigentlich noch viel mehr Geld geben sollte. Jeglicher weiterer Kommentar von unserer Seite ist überflüssig. Wir haben solche Fauxpas schon mehrmals erlebt, Stichwort Flechtenuntersuchung/Baumreglement. Auf Berndeutsch würde man wahrscheinlich sagen "bireweich"; in letzter Zeit wäre dies einige Male fällig gewesen. Zum Glück ist es nicht zulässig, dass man stille Reserven auf Liegenschaften auflöst. Zusammenfassend kann ich festhalten, dass die Fraktion SVP den erbrachten Effort des Gemeinderates anerkennt. Die Massnahmen gehen jedoch eindeutig zuwenig weit. Gesunde Stadtfinanzen sind in weiter Ferne, ein Finanzdesaster wahrscheinlich, eine Ausgabensperre nicht in Sicht. Die Stadt Bern ist zum Sanierungsfall geworden, die Stadtfinanzen sind tief rot - politisch und finanziell sieht es schlecht aus. Angefangen unter bürgerlicher Anleitung und kräftig fortgeführt unter rot-grüner Leitung, haben wir unterdessen den finanziellen Abgrund erreicht. Jeder Schritt nach vorne ist einer zu viel. Analog der Münsterplattform verfügen die Stadtfinanzen noch über kein Auffangnetz. Die linken Heckenschützen fordern wir auf, konstruktiv mitzuarbeiten,

eigene Interessen zurückzustecken und mitzuhelfen, dass nicht noch mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Stadt verlassen, nicht noch mehr Grossprojekte im Bauwesen verhindert werden, dass nicht auch noch der letzte Autofahrer so schikaniert wird, dass er seine Einkäufe anderswo tätigt. Wenn wir dies jetzt nicht erreichen, droht uns die Handlungsunfähigkeit und damit die Bevormundung. Ein Ja zum Budget 1999 kann daher von uns als verantwortungsbewusste und in die Zukunft blickende Partei nicht verlangt werden. Wir werden uns enthalten, beziehungsweise ein Zeichen setzen und nein zum Budget 1999 sagen.

Für die FDP spricht *Urs Jaberg*: Unser Fraktionschef hat einleitend bereits beim Finanzsanimierungsplan die FDP-Position hinlänglich und ausführlich erläutert. In verschiedenen Voten anderer Parteien wurde der klare Standpunkt der FDP teilweise angezweifelt, weshalb ich kurz wiederholen werde, was in der Budgetfrage unsere Hauptanliegen sind. Die FDP ist mit dem Resultat der Budgetdiskussion am runden Tisch nicht zufrieden. Es fehlen eindeutige Hinweise über einen gezielten Schuldenabbau und Prognosen hinsichtlich eines ausgeglichenen Budgets in naher Zukunft. Ebenso sind verschiedene FDP-Positionen nicht in den Konsens des runden Tisches aufgenommen worden. Der "runde Tisch 2" ist in Sichtweite. Wir wissen, dass die Resultate bis Ende erstes Semester 1999 vorliegen sollten. Die FDP erwartet von diesem zweiten runden Tisch massive weitere Einsparungen. Die FDP wird sich an den eingegangenen Konsens am runden Tisch halten; der entsprechende Beschluss wurde bereits an der Parteiversammlung von diesem Montag gefasst. Sie wird sich zwar einer klaren Meinungsäusserung enthalten, jedoch auf eine aktive Bekämpfung des Budgets verzichten. Im weiteren wünscht die FDP dringend, dass die Handlungsfähigkeit in Steuerfragen innerhalb der Stadtmauern bleibt und dass die Stadt in dieser Frage nicht unter kantonale Obergaufsicht gestellt werden muss.

Einzelvoten

Kurt Rügsegger (ARP): In Anbetracht der Konsensfindung am sogenannten runden Tisch, an welchem alle im Stadtrat vertretenen Parteien teilnahmen, lässt sich wohl kaum noch etwas am Voranschlag verändern, und auch die Zahlen werden gleichbleiben. Es ist Ziel gewesen, einerseits die Fraktionen und die Mitglieder des Stadtrates zur Zustimmung zu bewegen, andererseits dem Komitee für gesunde Stadtfinanzen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Somit könnte mit einer effizienteren Verabschiedung des Voranschlages hier im Rat gerechnet werden, und es wird wohl kaum von irgendeiner Seite versucht, den erreichten Konsens zu gefährden. In diesem Sinne verzichten auch wir auf einschlägige Anträge, obschon wir nach wie vor mit verschiedenen Posten nicht zufrieden sind. Als schlecht empfinden wir auch, dass man sich auf der Einnahmenseite mit der Erhöhung der Parkgebühren eine Verbesserung zu erhoffen versucht. Wir befürchten, dass das Gegenteil eintritt: Wenn nämlich deshalb weniger potente Kunden unsere Stadt aufsuchen, werden unsere Anbieter in die Agglomeration ausweichen müssen. Ebenfalls schockiert uns immer wieder die Zahl von Busseneinnahmen, wo die Polizei fast eine Bussenflut bewältigen muss. Ich persönlich, wie auch die Freipartei, werde mich in der Abstimmung zum Voranschlag enthalten, wir werden jedoch Beschlüsse, die grosse Mehrausgaben zur Folge haben, ablehnen.

Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Ich verzichte darauf, mich noch einmal zum Eintreten zu äussern. Das Budget hat eine grosse Bedeutung, weil es einen Zusammenhang mit der Finanzsituation hat, wie ich dies bereits geschildert habe. Ich möchte hier noch einmal daran erinnern, dass am runden Tisch im Sinne einer Gegenleistung vereinbart wurde, dass das Budget nicht abgelehnt werde. Diese Vereinbarung kam zustande, nachdem alle Abstriche hatten machen müssen. An der Pressekonferenz vom 14. August 1998, an welcher Stadtrat Adrian Haas die bürgerliche Seite vertrat, gab dieser bekannt, die FDP werde sich zum Budget enthalten, was dem Konsens entsprach. Der ebenfalls am runden Tisch beteiligte Stadtrat Beat Schori hatte sich dazu nicht gegenteilig geäussert. Nun höre ich jedoch heute von Thomas Fuchs, dass sich die SVP enthalten, respektive das Budget bekämpfen werde. Ich möchte darum bitten, dass sich die SVP zu dieser Aussage erklärt, da es sich um einen wichtigen Punkt und einen Teil der Spielregeln handelt. Den salomonischen Ausdruck von Thomas Fuchs kann ich so nicht akzeptieren.

Die *Vorsitzende* hält fest, dass sich eine Abstimmung über das Eintreten erübrigt, da sich niemand dagegen ausgesprochen hat.

2. Steuern

Beschluss

Den vom Gemeinderat beantragten Gemeindesteuern wird mit 48 Ja-Stimmen bei 14 Enthaltungen zugestimmt.

3. Detailberatung des Voranschlags

Kürzung der in den Positionen 3170 budgetierten Honorar-Aufwendungen für Internet um 50% bzw. Fr. 221 760.00, davon defizitwirksam Fr. 185 760.00. (Antrag FIKO)

FIKO-Präsident Stephan Hügli (FDP): Die FIKO ist überzeugt, dass der eingesetzte Betrag in Anbetracht der Budgetsituation sehr hoch ist. In Ermangelung einer besseren Lösung sind alle Positionen 3180, welche an etwa 20 Stellen im Budget mit Beträgen zwischen ca. Fr. 5 000.00 und Fr. 80 000.00 auftauchen, zusammengezählt und halbiert worden, was die genannten Fr. 221 760.00 ergibt. Weil dies auch Sonderrechnungen betrifft, sind davon nur 185 760.00 budgetwirksam. Absicht ist jedoch nicht, diese Halbierung im Budget auch effektiv so umzusetzen, sondern es sollten Verschiebungen möglich sein, sodass weniger wichtige Sachen zugunsten von vordringlicheren weggelassen werden können. Es kann allenfalls im nächsten Jahr ein zusätzlicher Antrag gestellt werden, in der Überzeugung, dass dieser nicht mehr so hoch sein darf, wie der Gesamtbetrag, welcher heute gefordert wird.

Einzelvoten

Sven Baumann (LdU): Ich bitte eindringlich darum, dem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen und ihn abzulehnen. Dieser Antrag ist unüberlegt, kurzfristig und widersprüchlich. Ich kann eine gewisse Skepsis gegenüber Internet verstehen; es ist etwas neues und viele sind der Meinung, dass nicht jeder technologische Wahnsinn nachgemacht werden muss. Ich spüre diese Meinung auch an meiner Arbeitsstelle, wo ich das Projekt Internet leite und mich auch mit einem solchen Halbierungsantrag beschäftigen musste. Wenn man eine solch grundsätzliche Skepsis gegenüber Internet hat, müsste man eigentlich konsequent sein und die Mittel nicht ungefähr halbieren, sondern ganz auf dieses Vorhaben verzichten. Dies war aber offensichtlich auch der FIKO zu viel, der Mut, zu ihrer Skepsis zu stehen, hat sie verlassen. Sie hat sich deshalb auf einen Halbierungsantrag geeinigt und sich für ein halbherziges Ja zu Internet entschieden. Das halbherzige Ja bedeutet jedoch nichts anderes, als eine halbhatzige Lösung. Lieber kein Internet, als ein solches. Internet ist für mich kein Luxus, sondern ein modernes Kommunikationsmittel und Informationsinstrument, wenn nicht von heute, dann doch sicher von morgen. Internet ist auch nicht einfach eine Homepage. Diese allein könnte problemlos die Frau Stadtschreiberin während der Kaffeepause machen. Wenn man jedoch die Möglichkeiten von Internet als Informations-, Kommunikations- und Dienstleistungshilfsmittel ausschöpfen will - und nur dann macht meiner Ansicht nach Internet Sinn - mit verschiedenen Moduls, Links, Onlinefunktionen und News-Services arbeiten will, dann braucht es Profis mit einem entsprechenden Know-how. Und Profis haben ihren Preis. Der FIKO-Präsident hat selbst gesagt, dass Internet etwas Schnellebige sei. Und deshalb sollte man jetzt halbieren und später für Änderungen und Ergänzungen Geld sprechen? Eben nicht. Man darf nicht jetzt etwas Handgestricktes auf die Beine stellen und dann mit Pflastern zu flicken beginnen. Man muss ein professionelles Gerüst aufstellen, welches insbesondere der Schnellebigkeit von Internet Rechnung trägt. Dies kostet jetzt etwas - spätere Änderungen und Ergänzungen verursachen jedoch fast keine Aufwände mehr, da diese von internen Stellen vorgenommen werden können. Deshalb meine Bitte: Lehnt diesen Antrag ab. Geben wir heute etwas für etwas Rechtes aus, damit wir morgen nicht für "Pflaster" mehr zahlen müssen.

Luzius Theiler (GPB): Im Wesentlichen geht es um den Inhalt von Internet. Was will man eigentlich damit? Will man einfach eine oberflächliche Standortspropaganda betreiben, oder will man das Internet mit seinen Möglichkeiten nutzen, um die demokratische Beteiligung der Bevölkerung zu verstärken, Informationen zugänglich zu machen und die Meinungsbildung zu erleichtern? Ich habe beim Produktgruppen-Budget einen Antrag eingereicht, um diese Zielsetzung zu definieren. Ich hoffe, dass diejenigen, welche bereit sind, so viel Geld für Internet auszugeben, sich wenigstens auch dafür einsetzen, ein anspruchsvolles Ziel damit zu verfolgen und meinem Antrag später zustimmen werden. Ich bin jedoch der Meinung, dass mindestens für das nächste Jahr die von mir formulierten Zielsetzungen auch mit der Hälfte des Betrages realisiert werden können. Zur Zeit bin ich für eine private Organisation mit einem ähnlichen Projekt beschäftigt, habe viele solche Internetseiten angesehen und wehre mich dagegen, dass nur etwas professionell sein soll, dass Hunderttausende kostet. Es gibt Beispiele von kleinen Organisationen, welche mit Beträgen um Fr. 10 000.00 ausgezeichnete Internetsachen mit vielen Links und Möglichkeiten gestaltet haben. Die Stadt ist ja auch damit beschäftigt, die Rechtssammlung zusammenzustellen; diese könnte auch im Internet eingespiessen werden. Vielleicht ist die Perspektive von Sven Baumann auch die Perspektive eines Amtes, welches über Geld verfügt. Ich bin dafür, dass man dieses Medium nutzt, ohne es zu einer Revolution und einem Allerheilmittel heraufzutilisieren. Ich bin der Meinung, dass dies auch mit der Hälfte des Betrages geht; wichtig ist, dass es inhaltlich anspruchsvoll gestaltet wird. Ich habe diese Tage studiert, was zur Zeit von der Stadt präsentiert wird, und war erschüttert ob der Banalität, mit welcher sich die Stadt der Welt heute vorstellt.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner:* Ich muss zu diesem Antrag doch noch etwas sagen, da ich mich zum Rückkommensantrag in der FIKO nicht äussern konnte. Es geht darum, einen zukunftsgerichteten Informationskanal auszunützen, und zwar einen Kanal, der immer stärker benutzt wird, welcher wächst, wo Informationen abgeholt werden und welcher Kommunikation ermöglicht. Internet ist heute ein unverzichtbares Arbeits- und Informationsinstrument geworden; dies bestätigt auch ein Blick auf andere Gemeinden. Es geht nicht darum, einen Tourismusauftritt der Stadt Bern zu veranstalten. Es geht darum, Bürgerinnen und Bürgern, jedoch auch anderen Personen, die aus etwelchen Gründen an der Stadt interessiert sind, leicht abrufbare Informationen zu vermitteln, dass über Mailboxes Fragen gestellt werden können und Kommunikation möglich ist. Der Gebrauch dieses Mediums nimmt zu. Unser jetziger Auftritt - ein wenig professioneller Pilotauftritt - ist zwar lustig, aber wirklich nicht gut. Wir haben das sehr schnell gemerkt und beschlossen, davon wegzugehen. Es soll deshalb ein Konzept entworfen werden, das eine ausbaufähige Grundlage für den Auftritt unserer Verwaltung darstellt. Was wir jetzt tun, kann mit der Errichtung eines Rohbaus beim Hausbau verglichen werden. Es wird zwar möbliert, jedoch noch nicht über teure Gestaltungsmöglichkeiten und Ausbauschritte gesprochen. Wichtig ist aber, dass man diese, wenn man sie wünscht, hinzufügen kann. Wir haben beim Ausbau auch Prioritäten gesetzt. Wir haben allen Direktionen mitgeteilt, dass eine weniger umfassende, saubere Bewirtschaftung besser ist, als ein grosser, breiter Auftritt. Danach wurde noch einmal aussortiert, was auf das Internet soll. Wir haben uns auch Mühe gegeben, Fehler anderer Städte zu vermeiden. Unser Auftritt gestaltet sich deshalb so unprofessionell, weil wir eben gerade keinen Profi engagiert haben. Es wäre wichtig, mit Partnern und Partnerinnen arbeiten zu können, welche nachhaltig und für längere Zeit für ihre Dienstleistung garantieren. Auch in dieser Beziehung haben wir mit unseren ersten Auftritten Lehrgeld bezahlt. Was geschieht nun, wenn die Mittel wie beantragt halbiert werden? Erstens müssten wir leider das Konzept neu bearbeiten, ein Teil der entsprechenden Vorinvestitionen in der Höhe von total rund Fr. 115 000.00 wäre damit in den Sand gesetzt. Wir können auch ein minimales Informationsziel nicht garantieren. Die Werke im liberalisierten Strommarkt drängen auf einen Auftritt und mussten zum Abwarten für einen gemeinsamen Auftritt überredet werden. Sie müssen sich um so mehr um den Kontakt zu Konsumentin und Konsument und Bürgerin und Bürger bemühen. Stadtrat Theiler hat die Systematische Sammlung des Städtischen Rechts angesprochen. Wir haben zuerst in Betracht gezogen, die Lösung des Kantons zu beanspruchen, die sehr gut und luxuriös, aber auch dementsprechend teuer ist. Als wir noch einmal über die Bücher gingen, sind wir zum Schluss gekommen, dass sich eine um ein paar hunderttausend Franken günstigere

Lösung bietet, womit auch die Systematische Sammlung über Internet zugänglich ist. Damit kommen wir darum herum, eine teure CD-Rom-Lösung in Anspruch zu nehmen. Intern haben wir dann über das vernetzte System Zugang. Wenn wir die Mittel tatsächlich halbieren, haben wir nicht die Möglichkeit, dieses System aufzuschalten. Es wurde von Stadtrat Berthoud berichtet, der Pressedienst habe gesagt, man werde mit einer Halbierung "halt leben müssen". Dies ist so. Wir leben mit den Stadtrats- und Volksentscheiden. Dies gehört zu den demokratischen Spielregeln. Die Frage ist jedoch immer wie, mit welchen Konsequenzen und mit welchem Frust, welcher daraus entsteht, dass ein sehr weit entwickeltes Projekt, für das man sich eingesetzt hat, verunmöglicht wird. Auch der Telematic-Cluster ist angesprochen worden. Unsere Region ist auf diesem Gebiet die stärkste in der Schweiz. Dies ist moderne Technologie, die wir aufbauen können, Technologie, nach der verlangt wird. Die SP hat einen Vorstoss für einen zweiten Technopark hängig. Wir haben gemessen an der Bevölkerung ein grösseres Potential als zum Beispiel die Region Zürich. Wie sehen wir aus mit einem Wirtschaftskonzept, welches dieses Gebiet fördert, und gleichzeitig einer Ausgabenkürzung dieser Art. Wir müssen uns überlegen, wo wir investieren, auch wenn wir finanziell unbestrittenermassen Schwierigkeiten haben. Wenn wir einfach alles schliessen und auch noch dort, wo wir Stärken haben, bremsen und nicht anknüpfen, kommen wir nie zum Ziel. Wir haben diese Diskussion schon geführt. Wir hatten den selben Antrag am runden Tisch. Am Schluss hiess es auch am runden Tisch aus den eben erläuterten Gründen, dass der Antrag zurückgezogen werde und wir uns auf diesem Gebiet wirklich einsetzen. Es entspricht den Forderungen des Rates, Schwerpunktgebiete zu fördern. Ich bitte deshalb um einen Verzicht auf die Halbierung, damit dieser Schwerpunkt erhalten bleiben und gefördert werden kann.

Beschluss

Der Kürzung der in den Positionen 3170 budgetierten Honorar-Aufwendungen für Internet um 50% wird mit 30 : 25 Stimmen bei 9 Enthaltungen gutgeheissen.

Verschiebung Testamentsdienst und Quartieraufseher zu Erbschaftsamt (verschiedene Direktionen und Positionen), Kürzung um Fr. 2 410.00 (Antrag FIKO/Gemeinderat)

Beschluss

Der Antrag wird einstimmig mit 55 Stimmen ohne Enthaltung und (ohne Gegenstimme) gutgeheissen.

Kürzungen Personalaufwand (alle Direktionen) infolge Stellenbewirtschaftung um Fr.1 353 410.00 (Antrag FIKO/Gemeinderat)

FIKO-Präsident Stephan Hügli (FDP): Die von FIKO und Gemeinderat eingereichten Anträge stammen oft vom Gemeinderat und nicht von der FIKO. Die FIKO hat diesen Anträgen jedoch jeweils zugestimmt, weil sie sie als vernünftig erachtet. So auch hier, wo es darum geht, die gesamten Stellen der Stadtverwaltung zu bewirtschaften. Es ist 1% der gesamten Lohnsumme eingesetzt.

Beschluss

Der Antrag wird mit 50 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen gutgeheissen.

Sanierungsplan Massnahme 19

Gemeinde und Behörden:

Seite 7, Konto 040.0.3650.14, Kürzung um Fr. 10 000.00

Präsidialdirektion:

Seite 9, Konto 100.4.3650.27, Kürzung um Fr. 60 000.00
Seite 12, Konto 110.3.3650.23, Kürzung um Fr. 40 000.00
Seite 12, Konto 110.3.3650.34, Kürzung um Fr. 25 000.00
Seite 14, Konto 120.0.3650.12, Kürzung um Fr. 25 000.00
Seite 19, Konto 160.1.3170.11, Kürzung um Fr. 10 000.00
Seite 19, Konto 160.1.3170.12, Kürzung um Fr. 10 000.00
Seite 19, Konto 160.1.3180.11, Kürzung um Fr. 10 000.00
Seite 19, Konto 160.1.3180.13, Kürzung um Fr. 10 000.00
(Anträge FIKO/Gemeinderat)

Die *Vorsitzende* schlägt vor, über die Massnahme 19 gesamthaft abzustimmen, da sich die Anträge gegenseitig bedingen, falls nicht einzelne davon bestritten sein sollten.

FIKO-Präsident Stephan Hügli (FDP) verzichtet auf eine Erläuterung der Anträge.

Luzius Theiler (GBP): Bei den von mir angesprochenen vier Punkten dieser Antragsgruppe zur Massnahme 19 (Seite 9, Konto 100.4.3650.27, Kürzung um Fr. 60 000.00, Seite 12, Konto 110.3.3650.23, Kürzung um Fr. 40 000.00, Seite 12, Konto 110.3.3650.34, Kürzung um Fr. 25 000.00, Seite 14, Konto 120.0.3650.12, Kürzung um Fr. 25 000.00) geht es um Beiträge für Kultur, die nicht ins Kulturkonzept eingebunden sind. Wir haben die Situation, dass diejenigen Institutionen, die im Kulturkonzept Unterschlupf gefunden haben, relativ gut abgesichert sind und nicht zur Diskussion stehen. Es hat sich jedoch gezeigt - und dies ist bei der Schliessung des Theaters 1230 schmerzlich zum Ausdruck gekommen - dass Institutionen, die dort keinen Einlass gefunden haben, es sehr schwer haben und in ihrer Existenz bedroht sind. Für kulturelle Aktivitäten, die nicht planbar sind - so zum Beispiel Gastspiele - ist praktisch kein Geld mehr vorhanden. Hier geht es um diese wenigen Gelder, die freien Beitragskredite, die noch vorhanden sind. Es gefällt mir nicht, dass man hier auch noch streichen will. So betrifft Konto 110.3.3650.23 einen Kredit, der 1967 noch Fr. 260 000.00 in Anspruch nahm. Zur Zeit ist er im Budget mit Fr. 120 000.00 aufgenommen und jetzt sollen noch einmal Abstriche um Fr. 40 000.00 gemacht werden. Hier würde jedoch die Möglichkeit bestehen, Gastspiele, Festivals etc. zu ermöglichen, die nicht im voraus planbar sind. Ich stelle den Antrag, folgende vier Kürzungen in dieser Gruppe 19 nicht zu bewilligen: Beiträge an Veranstaltungen um Fr. 60 000.00, Gastspielreihen / Festivals um Fr. 40 000.00, Kulturinformation und Öffentlichkeitsarbeit: um Fr. 25 000.00 und Denkmalpflegerische Sanierungsbeiträge um Fr. 25 000.00. Auch die Streichung der Denkmalpflege ist denkbar ungünstig, nicht zuletzt für das Gewerbe, denn wenn man hier den Privaten Beiträge gibt, initiiert dies weitere Sanierungsmassnahmen. Ich habe mich vorher für Kürzungen eingesetzt und werde nachher einen weiteren Antrag auf Streichung einbringen, so dass man mir nicht den Vorwurf machen kann, ich wolle mehr Geld ausgeben.

FIKO-Präsident Stephan Hügli (FDP): Man darf hier nicht mit 1997 vergleichen, da inzwischen ein Kulturkonzept besteht und das Geld anders verteilt ist. Es muss mit dem Budget 1998 verglichen werden. Daraus resultieren die Fr. 200 000.00, die man sparen will.

Auf Anfrage der *Vorsitzenden* widersetzt sich niemand ihrem Vorschlag, zuerst je gemeinsam über die vier bestrittenen und danach über alle unbestrittenen Punkte der Massnahme 19 abzustimmen.

Beschluss

Der Antrag Theiler auf Nichtkürzung der Beiträge gemäss Seite 9, Konto 100.4.3650.27 um Fr. 60 000.00 Seite 12, Konto 110.3.3650.23 um Fr. 40 000.00 Seite 12, Konto 110.3.3650.34 um Fr. 25 000.00 und Seite 14, Konto 120.0.3650.12 um Fr. 25 000.00, wird mit 4 : 46 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss

Die Kürzungsanträge zur Massnahme 19 werden einstimmig mit 59 Stimmen (ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen) angenommen.

Polizeidirektion: Besoldungen und Zulagen (Reduktion Nachrichtendienst)
Seite 30, Konto 210.0.3010.00, Kürzung um Fr. 300 000.00
(Antrag Theiler (GPB))

Luzius Theiler (GPB): Hier geht es darum, dass man ein schon seit Jahren diskutiertes Anliegen, nämlich die Reduktion des viel zu grossen Nachrichten- und Informationsdienstes der Stadtpolizei, endlich realisiert und den Betrag um etwa die Hälfte heruntersetzt. Ich erinnere daran, dass man sich in der letzten Legislaturperiode in der GPK sehr ausführlich mit dem Nachrichten- und Informationsdienst beschäftigt hatte. Man liess ein Gutachten erstellen, besichtigte den Dienst, diskutierte lange darüber und war sich an sich über die Parteigrenzen hinaus über eine Reduktion einig, wenn auch die Motivation dazu nicht einheitlich war. Den einen ging es um die Bürgerrechte, den anderen darum, dass die Aktivitäten das Geld nicht wert seien. Man war sich einig, dass man die Hälfte des Geldes einsparen könnte. Im Nachrichten- und Informationsdienst sind sieben Leute beschäftigt, die nach Angaben des Polizeidirektors damals je etwa Fr. 112 000.00 kosteten. Der Dienst verursacht also Kosten zwischen Fr. 700 000.00 und Fr. 800 000.00. Der Kürzungsantrag mit Fr. 300 000.00 erscheint mir in diesem Lichte besehen sehr bescheiden. Man muss diese Kürzung nicht weltanschaulich begründen. Trotzdem hat es erstaunt zu sehen, was dort an Mutmassungen und völlig marginalen Informationen gesammelt wird. Es fand sich eine sehr umfangreiche Sammlung von Flugblättern, meistens die radikalsten. Der Wert all dessen ist äusserst fraglich. Bern als Hauptstadt hat wohl in einem gewissen Rahmen Aufgaben und Verpflichtungen wahrzunehmen, dem möchte ich ganz beschränkt zustimmen. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, dass auch der Bund Staatsschutzaufgaben übernimmt. Der Kanton setzt gegenüber diesen sieben Angestellten der Stadt Bern nur zwei für das ganze Kantonsgebiet ein, die übrigen Gemeinden haben gar keine politische Polizei. Der Auftrag im Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit ist weiter sehr vage formuliert. Wenn der Bund mehr machen will, soll er dies selbst tun. Hier können wir an etwas sparen, dem niemand nachtrauern wird.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen:* Ich möchte vorausschicken wie es aussehen würde, wenn der Kürzungsantrag Theiler angenommen würde. Es würden etwa drei Stellen der Stadtpolizei gestrichen, was weitere Kürzungen zur Folge hätte oder sogar zu Entlassungen führen könnte. Die Polizei und vor allem auch der Bund, der diese Leistungen bei uns bestellt, sind auf den Nachrichtendienst angewiesen. Dass dieser seit Jahren in Diskussion steht, ist richtig. Mittlerweile haben sich jedoch die Grundlagen für diese Diskussion entscheidend geändert. Sie wissen, dass das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit auf den 01. Juli 1998 in Kraft getreten ist. Das Gesetz ist also sehr jung. Ich bin vom Bund in eine Arbeitsgruppe eingeladen worden, welche die Verordnung dazu ausgearbeitet, bzw. Vorschläge dazu zuhanden des Departements Koller eingebracht hat. Es ist vorgesehen, dass der Nachrichtendienst vollumfänglich vom Bund übernommen wird. Wenn also heute gestrichen wird, kürzt der Bund seinen Beitrag und es resultiert ein Nullsummenspiel. Die Verhandlungen sind abgeschlossen, die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit beendet, die Vorschläge sind weitergeleitet worden, und so wie wir informiert sind, sollte die Verordnung so verabschiedet werden, dass wir auf den 01. Januar 1999 das Geld für diejenigen Leistungen erhalten, welche der Bund bei uns bestellt. Vorgesehen für diese Entschädigungen sind alle Kantone, plus die Städte Zürich und Bern. Ich bitte um Ablehnung des Antrages Theiler.

Luzius Theiler (GPB): Die Polizei wird ja in nächster Zeit in anderen Gebieten aufgestockt, so zum Beispiel für die Botschaftsbewachung; man wird also diese drei Stellen sicher nicht abbauen müssen. Es ist erfreulich zu hören, wie sich der Polizeidirektor gegen den Stellenab-

bau beim öffentlichen Personal einsetzt. Die vom Polizeidirektor angesprochene Vereinbarung ist jedoch noch nicht unterzeichnet. Weiter wird der Bund bei weitem nicht die ganzen Kosten, die der Stadt mit diesem Dienst anfallen, decken. Wenn es uns ernst damit ist, uns auch einmal gegenüber dem Bund durchzusetzen, sollten wir jetzt diesem Antrag zustimmen.

Beschluss

Der Antrag Theiler wird mit 24 : 30 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Polizeidirektion: Beitrag des Bundes (Staatsschutz)

Seite 31, Konto 210.4500.00, Erhöhung um Fr. 364 000.00 (Antrag FIKO/GR)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Die als Erhöhungen und Kürzungen angegebenen Zahlen sagen noch nichts darüber aus, wie sie sich auf das Budget auswirken. Es muss die Zahl des Kontos miteinbezogen werden. Wenn die Zahl nach der Dienststelle, d.h. diejenige nach dem ersten Punkt, vier oder höher ist, ist es ein Ertrag, darunter ist es eine Ausgabe. Wenn hier beim Ertrag eine Erhöhung beantragt wird, bedeutet dies, dass sich das Budget grundsätzlich um diesen Betrag verbessert. Es geht vorliegend um den neuen, in der vorherigen Diskussion erwähnten Beitrag des Bundes, der sich erhöht. Zusammen mit dem bisher bezahlten Betrag macht er Fr. 500 000.00 aus. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Der Antrag einstimmig mit 55 Stimmen und ohne Enthaltungen gutgeheissen.

Polizeidirektion: Sanierungsplan Massnahme 9

Seite 31, Konto 210.1.3010.00, Kürzung um Fr. 67 200.00

Seite 31, Konto 210.1.3030.00, Kürzung um Fr. 4 230.00

Seite 31, Konto 210.1.3040.00, Kürzung um Fr. 9 100.00

Seite 31, Konto 210.1.3050.00, Kürzung um Fr. 820.00

Seite 31, Konto 210.1.3153.10, Erhöhung um Fr. 26 000.00 (Antrag FIKO/GR)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Hier geht es um die Massnahme 9, Zusammenlegung der Garagenbetriebe. Möglich ist die Einsparung dieser Stelle aufgrund einer Pensionierung bei der Polizeidirektion, weshalb der Betrag unter der Dienststelle 210 aufgenommen ist. Die Massnahme soll im Jahr 2002 auf 2 bis maximal 4 Personen ausgedehnt werden.

Gemäss dem Vorschlag der *Vorsitzenden* wird über alle 5 Posten zur Massnahme 9 gemeinsam abgestimmt.

Beschluss

Den Anträgen wird einstimmig mit 57 Stimmen und ohne Enthaltungen zugestimmt.

Polizeidirektion: Sanierungsplan Massnahme 16

Seite 30, Konto 230.0.3010.00, Kürzung um Fr. 82 000.00

Seite 30, Konto 230.0.3030.00, Kürzung um Fr. 5 300.00

Seite 30, Konto 230.0.3040.00, Kürzung um Fr. 8 000.00

Seite 30, Konto 230.0.3050.00, Kürzung um Fr. 1 000.00 (Antrag FIKO/GR)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Es geht um die Reorganisation in der Polizeidirektion, die Redimensionierung des Polizeiinspektorats und die Einbindung des Quartieraufseheramtes in das neue Erbschaftsamt. Ich bitte auch hier um Zustimmung.

Die *Vorsitzende* hält fest, dass über die vier Posten zur Massnahme 16 gemeinsam abgestimmt wird, da sie einander bedingen.

Beschluss

Die Anträge werden einstimmig mit 54 Stimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Polizeidirektion: Dienstkleider

Seite 34, Konto 240.0.3060.00, Kürzung um Fr. 75 000.00 (Antrag FIKO/GR)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Man konnte dies schon in diesem Jahr auslösen, weshalb es im nächsten Jahr nicht mehr nötig ist und gestrichen werden kann.

Beschluss

Der Antrag wird einstimmig mit 51 Stimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Polizeidirektion: Sanierungsplan Massnahme 13

Seite 38, Konto 255.0.4910.00, Kürzung um Fr. 24 000.00

Seite 38, Konto 255.0.4690.00, Erhöhung um Fr. 24 000.00 (Antrag FIKO/Gemeinderat)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Auch hier kann man die beiden Anträge zusammennehmen. Der Vorgang ist budgetneutral, die Fr. 24 000.00 werden nur aufgrund der internen Verrechnung verschoben.

Beschluss

Der Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Polizeidirektion: Sanierungsplan Massnahme 17

Seite 38, Konto 260.0.3010.00, Kürzung um Fr. 169 000.00

Seite 38, Konto 260.0.3030.00, Kürzung um Fr. 11 000.00

Seite 38, Konto 260.0.3040.00, Kürzung um Fr. 15 400.00

Seite 38, Konto 260.0.3050.00, Kürzung um Fr. 2 100.00 (Antrag FIKO/Gemeinderat)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Es geht vorliegend um die Redimensionierung im Zivilschutz

Beschluss

Den beiden Anträgen zum Sanierungsplan Massnahme 17 wird einstimmig mit 49 Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt.

Die *Vorsitzende* trägt dem Rat den Vorschlag des FIKO-Präsidenten vor, über gemeinsame Anträge von FIKO und Gemeinderat nur noch einzeln abzustimmen, wenn sie bestritten sind und die unbestrittenen in einer einzigen Abstimmung zu verabschieden. Der Rat widersetzt sich diesem Vorschlag nicht.

Somit wird über die Anträge

Präsidialdirektion:

Seite 40, Konto 260.0.4910.00, Kürzung um Fr. 115 000.00

Fürsorge- und Gesundheitsdirektion:

Seite 52, Konto 370.00.3650.17, Kürzung um Fr. 76 000.00

Seite 54, Konto 370.00.3653.02, Kürzung um Fr. 1 500 000.00

Seite 54, Konto 370.00.3653.11, Kürzung um Fr. 111 000.00

Seite 55, Konto 380.00.3111.00, Kürzung um Fr. 50 250.00

Seite 62, Konto 392.00.3610.60, Kürzung um Fr. 1 500 000.00

Seite 62, Konto 393.00.3610.00, Erhöhung um Fr. 1 040 000.00

Seite 62, Konto 393.00.4360.00, Kürzung um Fr. 1 200 000.00
Seite 62, Konto 394.00.3510.00, Kürzung um Fr. 6 000 000.00
Seite 62, Konto 394.00.4510.00, Kürzung um Fr. 2 000 000.00
Schuldirektion:
Seite 65, Konto 40502.3650.13, Kürzung um Fr. 2 730.00
Seite 65, Konto 40502.3650.22, Kürzung um Fr. 2 000.00
Seite 66, Konto 40501.3360.12, Kürzung um Fr. 135 000.00
Seite 67, Konto 41000.3650.12, Kürzung um Fr. 9 900.00
Planungs- und Baudirektion:
Seite 110, Konto 530.00.4310.00, Erhöhung um Fr. 50 000.00
Seite 110, Konto 530.00.4380.00, Erhöhung um Fr. 50 000.00
Finanzdirektion:
Seite 119, Konto 610.4.3120.00, Kürzung um Fr. 2 000.00
Seite 119, Konto 610.4.3160.00, Kürzung um Fr. 108 000.00
Seite 122, Konto 610.4.4360.00, Kürzung um Fr. 10 000.00
Seite 120, Konto 610.5.3650.20, Kürzung um Fr. 170 000.00
Seite 121, Konto 610.5.3650.70, Kürzung um Fr. 6 000.00
Seite 121, Konto 610.5.3650.83, Kürzung um Fr. 11 000.00
Seite 121, Konto 610.5.3650.96, Kürzung um Fr. 13 000.00
Seite 119, Konto 610.6.3210.11, Kürzung um Fr. 317 780.00
Seite 121, Konto 610.6.3912.55, Kürzung um Fr. 24 000.00
Seite 121, Konto 610.6.3912.50, Kürzung um Fr. 115 000.00
Seite 122, Konto 620.1.3040.00, Kürzung um Fr. 14 100.00
Direktion der Stadtbetriebe:
Seite 130, Konto 700.0.3650.00, Erhöhung um Fr. 2 000.00
Seite 131, Konto 720.0.4390.00, Kürzung um Fr. 500 000.00 (822.03190.10, Kürzung um Fr. 500 000.00 und 822.04340.70, Kürzung um Fr. 500 000.00)

gemeinsam abgestimmt.

Beschluss

Die Anträge werden mit 53 : 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen genehmigt.

Schuldirektion: Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
Konto 401.3140.15, Kürzung um Fr. 158 160.00 (Antrag FIKO)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Hier geht es um eine Budgetposition in der Schuldirektion, Zentrale Dienste, nämlich um Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt meistens von Schulhäusern. Die FIKO schlägt vor, den Betrag von Fr. 658 000.00 um Fr. 158 000.00 auf Fr. 500 000.00 zu senken; dies in Anbetracht der Finanzen und nicht, weil es die Schulhäuser nicht nötig hätten.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Der Gemeinderat bittet, auf diese Kürzung zu verzichten. Werterhaltende Sanierungen, das steht in den Legislaturrichtlinien und das hat man hier auch schon oft diskutiert, sollte man fördern und nicht streichen. Wir hatten vor einigen Jahren ein Moratorium in den Schulhäusern für Malerarbeiten in Schulzimmern, Beleuchtungen und weitere kleinere Sanierungsarbeiten. Dieses wurde aufgehoben. Diese Streichung würde nun genau diesen Teil der Sanierungen, nämlich kleinere Arbeiten betreffen. Ich bitte, auf die Streichung zu verzichten. Im Gegenzug habe ich dafür eine erfreuliche Mitteilung: Wir haben gestern die Abrechnung des Kantons über die Lastenverteilung der Lehrerlöhne erhalten, und weil uns 1997 eine zu hohe Vorschusszahlung belastet wurde, haben wir Fr. 3.5 Millionen zuhause der Rechnung 1998 wieder zurückerstattet bekommen. Die zentralen Dienste haben daraufhin in aller Eile das Budget 1999 überprüft und konnten dieses aufgrund der effektiven Besoldungskosten um 1.52 Millionen senken.

Walter Christen (SP): Ich möchte mich nicht gegen werterhaltende Massnahmen aussprechen, aber man muss sehen, dass man im Jahr 1997 in der Rechnung Fr. 26 488.00 hatte und im Voranschlag 1998 Fr. 258 160.00. Wir lassen für den Voranschlag 1999 noch immer ziemlich viel Luft auf Fr. 500 000.00 also fast noch das Doppelte, weshalb ich bitte, diesen Antrag zu unterstützen.

Beschluss

Dem Antrag wird mit 35 : 11 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

Die *Vorsitzende* teilt mit, die folgenden FIKO-Anträge betreffend die Schuldirektion seien gemäss der Schuldirektorin vom Gemeinderat her unbestritten. Da sie auch vom Rat nicht bestritten sind, wird auch über diese gemeinsam abgestimmt.

Anträge betreffend Schuldirektion

Seite 87, Konto 461.3104.00, Kürzung um Fr. 50 490.00

Seite 100, Konto 471.3610.14, Kürzung um Fr. 50 000.00

Seite 69, Konto 412.3183.00, Kürzung um Fr. 2 000.00

Seite 79, Konto 449.3091.00, Kürzung um Fr. 2 000.00

Seite 92, Konto 463.3114.00, Kürzung um Fr. 27 000.00

Seite 101, Konto 471.3620.21, Kürzung um Fr. 10 000.00

Seite 100, Konto 470.3620.11, Kürzung um Fr. 1 000.00 (Anträge der FIKO)

Beschluss

Die Anträge werden einstimmig mit 52 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.

Planungs- und Baudirektion: Abschreibungen und Zinsen neu in Dienststelle 504 "Enteignungen, Bausperren usw." netto

Seite 104, Konto 503, Kürzung um Fr. 0.—(Antrag Gemeinderat)

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Im Antrag steht eine Null, weil diese Massnahme budgetneutral ist. Die Massnahme dient jedoch der Entflechtung derjenigen Sachverhalte, die Stadtrat Berthoud schilderte. Wir möchten beim Rechtsdienst für Enteignungen und Bausperren ein separat ausgewiesenes Konto 504, damit man weiss, welche Beträge für solche Enteignungen, Bausperren etc. benötigt werden.

Beschluss

Der Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Planungs- und Baudirektion: Werkhof II wird in SIB, Dienststelle 741.5 integriert, netto

Seite 113, Konto 561, Kürzung um Fr. 0.—(Antrag Gemeinderat)

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Es handelt sich um ein ähnliches Vorhaben wie das vorherige. Der Werkhof II wird in das SIB integriert. Letztlich wird sich auch hier keine Einsparung ergeben, aber es gibt eine andere Dienststelle, nämlich Konto 741.5.

Beschluss

Der Antrag ist unbestritten und wird als genehmigt verabschiedet.

Direktion der Stadtbetriebe: Integration Werkhof II (bisher Dienststelle 561), netto

Seite 131, Konto 741.diverse, Kürzung um Fr. 0.—(Antrag Gemeinderat)

Beschluss

Der Antrag ist nicht bestritten und damit genehmigt.

Direktion der Stadtbetriebe: Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte, Betriebs- und Verbrauchsmaterialien, Reduktion der Entnahme aus Spezialfinanzierung

Seite 140, Konto 810.0.3080.00, Kürzung um Fr. 100 000.00

Seite 140, Konto 810.0.3130.00, Kürzung um Fr. 500 000.00

Seite 140, Konto 810.0.4800.00, Kürzung um Fr. 600 000.00 (Anträge der FIKO)

FIKO-Präsident *Stephan Hügli (FDP)*: Es geht um die Elektrizitätswerke. Ich fasse die Posten "Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte" (Seite 140, Konto 810.0.3080.00, Kürzung um Fr. 100 000.00) und "Betriebs- und Verbrauchsmaterialien" (Seite 140, Konto 810.0.3130.00, Kürzung um Fr. 500 000.00) zusammen. Aus dem Budget wird ersichtlich, dass der Betrag für die Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte im Vergleich zur Rechnung 1997 von Fr. 170 000.00 verdoppelt wurde auf Fr. 350 000.--. Wir beantragen, hier auf Fr. 250 000.00 zurückzustreichen, ein Betrag, der immer noch höher ist als derjenige der Rechnung 1997. Die Betriebs- und Verbrauchsmaterialien waren in der Rechnung 1997 mit Fr. 2.36 Millionen eingesetzt. Man will sie um den Faktor 1.7 oder 1.8 auf Fr. 3.9 Millionen erhöhen. Auch hier beantragen wir die Streichung um eine halbe Million, sodass noch 1.2 Millionen oder 50% mehr als vorher in diesen beiden Posten vorhanden wären. Die Vertreter des EWB haben sich kräftig gegen die beantragte Kürzung gewehrt, sie seien auf diese Beträge angewiesen. Wenn sich das herausstellt, kann für diese beiden Budgetposten ein Nachkredit gestellt werden. Der Posten "Reduktion der Entnahme aus Spezialfinanzierung" (Seite 140, Konto 810.0.4800.00, Kürzung um Fr. 600 000.00) betrifft das Ausgleichskonto, für das gesamtstädtische Budget ist dieser Antrag budgetneutral, weil das ganze innerhalb der Sonderrechnung geführt wird.

Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm*: Ich bitte darum, dem Gemeinderatsantrag zuzustimmen und den Antrag der FIKO abzulehnen. Das EWB hat die klare Vorgabe, 20% des Energieverkaufes als Reingewinn abzuliefern. Dies wird mit diesen Fr. 27.244 Millionen eingehalten. Man sollte nicht bei den Betriebs- und Verbrauchsmaterialien aus der Hüfte geschossen Fr. 500 000.00 wegstreichen; dies betrifft über 90 begründete Positionen, von Niederspannungskabeln für Fr. 630 000.00 zu Hochspannungskabeln für Fr. 320 000.00, von Kupferdraht und Sparlampen für die öffentliche Beleuchtung bis hin zu Reinigungsmaterialien. Die Posten sind ausgewiesen, weshalb ich noch einmal darum bitte, am Betrag des Gemeinderates festzuhalten.

Edith Olibeth (SP): Die Finanzkommission hat nicht einfach aus der Hüfte geschossen, wie dies der Direktor der Stadtbetriebe, Herr Neukomm, weismachen will. Die Begründung, weshalb das EWB die 20% abliefert, ist richtig, es sind aber in anderen Jahren auch schon Gewinne in die Gewinnausgleichsreserven geflossen; nicht umsonst umfassen sie einige Millionen. Wir werden um dieses Geld froh sein, wenn der Gewinn des EWB einmal nicht mehr so hoch ist und die Stadtkasse das Geld aus der Ausgleichsreserve brauchen kann. Wenn man die Zahlen in der Rechnung 1997, den Voranschlag 1998 und den Voranschlag 1999 betrachtet und sieht, dass die Zahlen von 1998 einfach auf 1999 übertragen werden und die Rechnung 1997 beiseite gelassen wird, dann ist es mehr als vertretbar, diese Kürzung vorzunehmen und das Geld in die Ausgleichsreserve einzuspeisen. Ich bitte darum, diesen Anträgen zuzustimmen.

Die FIKO ist auf Anfrage der *Vorsitzenden* einverstanden, über alle drei Anträge gleichzeitig abzustimmen.

Beschluss

Den Anträgen wird mit 52 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Irene Marti Anliker (SP) stellt den *Ordnungsantrag*, die Sitzung hier abubrechen.

Beschluss

Der Ordnungsantrag wird mit 44 : 11 Stimmen gutgeheissen.

Die *Vorsitzende* orientiert darüber, dass die Sitzung vom 17. September 1998 um 15.00 Uhr beginnen wird.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

Namens des Stadtrats:

Die Präsidentin: *Lilo Lauterburg*

Für das Protokoll: *Sabine Scherrer*